



NEUES AUS DEM DEUTSCHEN BUNDESTAG UND DER REGION

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,
liebe Genossinnen und Genossen!

Bevor wir uns alle einige ruhige Tage zum Verweilen, Ausspannen und Genießen gönnen, übersende ich Ihnen und Euch heute die Weihnachtsausgabe von „Berlin kompakt“.

Die neue Ausgabe enthält wieder einen Überblick über meine Arbeit im letzten Vierteljahr in Berlin und im Wahlkreis und über die erfolgreiche Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion in der Großen Koalition im gesamten Jahr 2014.

Aus heutiger Sicht kann ich durchaus sagen, dass ich immer noch positiv überrascht darüber bin, was wir im zurückliegenden Jahr 2014 alles durchsetzen und verwirklichen konnten. Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass die SPD eindeutig die Lokomotive vor dem Koalitionszug war und ist. Und ich bin überzeugt, dass auch 2015 genügend Druck auf dem Kessel sein wird, so dass sich daran so schnell nichts ändern wird.

Aus meinem Büro kann ich an dieser Stelle Erfreuliches berichten: Meine Mitarbeiterin Ilona Laschütza habe ich in den Mutterschutz und in Elternzeit verabschiedet. Sie hat am 11. Dezember einem kleinen Johannes das Leben geschenkt. Mein Team und ich wünschen Ilona auf diesem Wege alles erdenklich Gute! In Vertretung arbeitet jetzt Stefan Grafenhorst in meinem Team, er hat sich schon sehr gut eingearbeitet und unterstützt mich tatkräftig in meiner politischen Arbeit.

Nun darf ich Ihnen und Euch ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Neue Jahr wünschen!

Ihre und Eure

Sabina Dittner

IN DIESER AUSGABE:

Gesagt. Getan. Gerecht.	2
Gesundheitspolitik	3
Unterwegs in Berlin	4
Gespräche in Berlin	5
Wahlkreis und Bayern	7-10
Mein Team	11



Die Landesgruppe Bayern in der SPD-Bundestagsfraktion:



Gesagt. Getan. Gerech. — Die SPD in der Großen Koalition

2014 war für die Sozialdemokraten im Bundestag ein erfolgreiches Jahr. Dank uns hat sich viel bewegt in unserem Land. Das kam natürlich nicht von selbst, sondern es steckt viel Arbeit dahinter. Aber ich denke: Die Arbeit hat sich gelohnt!

Es ist gut, wenn wir das von unserer Arbeit im Parlament sagen können. Darauf ausruhen können wir uns selbstverständlich nicht – und wollen es auch nicht. Was wir aber feststellen können ist: Wir sind in der Koalition auf dem richtigen Weg. Als SPD-Bundestagsfraktion wollen wir das Leben der Menschen besser machen, schließlich sind wir Mitglieder einer Fortschrittspartei. Und dafür müssen wir voran gehen. Um Fortschritt zu ermöglichen, gehört Mut dazu und die Kraft, Neues zu wagen, Wege einzuschlagen, die andere noch nicht gegangen sind.

2014 haben wir mit genau diesem Mut und dieser Kraft für gesellschaftlichen Fortschritt gesorgt und haben –in Auswahl– Folgendes erreicht:

Der Mindestlohn: Vier Millionen Frauen und Männer werden mehr Geld in der Tasche haben. Mehr Geld für sich und ihre Familien – auch für die Lohngruppen, die darüber liegen. Denn wir haben auch dafür gesorgt, dass die Tarifbindung wieder steigt. Und das heißt: bessere Tariflöhne.

Die Rente ab 63: Es gibt deutliche Verbesserungen für die Älteren: nach 45 Beitragsjahren keine Abschläge mehr, die Erwerbsminderungsrente wurde ebenfalls verbessert.

Der Städtebau wird endlich wieder richtig gefördert, für das Programm „Soziale Stadt“ gibt es fast vier Mal so viel wie unter Schwarz-Gelb.

Das ElterngeldPlus gibt Müttern und Vätern noch mehr Möglichkeiten Familie und Job unter einen Hut zu bringen. Wenn sie in Teilzeit arbeiten, können sie künftig doppelt so lange Elterngeld beziehen. Und wenn sich beide gleichmäßig die Betreuung ihrer Kinder teilen, gibt es sogar noch mal vier Monate oben drauf.

Die Kommunen entlasten wir um mehrere Milliarden, damit sie wieder mehr Luft haben für all die wichtigen Aufgaben, die das Wohnumfeld lebenswert machen: für Schwimmbäder und Bibliotheken, für Schulen und Kitas, Grünanlagen, Spielplätze, vernünftige Verkehrsinfrastruktur und vieles mehr.

Das BAföG übernimmt künftig der Bund. Rund 1,2 Milliarden Euro. Das ist auch gut für die Studierenden. Sie bekommen mehr Geld und auch mehr junge Menschen werden den Anspruch auf Förderung haben.

Wir halten unser Versprechen für mehr Zukunftsinvestitionen. Gleichzeitig sorgen wir für mehr private Investitionen und Bürokratieabbau und schaffen damit Wachstum und Arbeitsplätze. All das wird möglich, obwohl wir uns auf Haushaltskonsolidierungen verpflichtet haben und 2015 keine neuen Schulden machen.

Die Mietpreisbremse wird demnächst beschlossen. Sie ist die Chance, endlich Mietexzesse bei Wiedervermietungen zu stoppen.

Das alles haben wir tatsächlich in nur einem Jahr geschafft. Auf die Verbesserungen im Gesundheitswesen und in der Pflege gehe ich in dieser Ausgabe gesondert ein. Aber ich kann auch jetzt schon voraussagen: Wir machen 2015 mit genau so viel Mut und Kraft weiter!

Gesundheitspolitik: Rück- und Ausblicke



Gesundheitspolitisch war 2014 ein Jahr spannender Diskussionen und wichtiger Entscheidungen. Vielleicht haben Sie in den letzten Wochen schon Post von Ihrer

Krankenkasse erhalten und sind bereits informiert. Ab 01.01. 2015 wird der allgemeine Beitragssatz der gesetzlichen Krankenversicherung auf 14,6 Prozent gesenkt. Der bisherige Sonderbeitrag von 0,9 Prozent, den nur die Versicherten gezahlt haben, entfällt. Kommen Krankenkassen mit den Zuwendungen aus dem Gesundheitsfonds nicht aus, können sie ab Januar 2015 individuell festgelegte prozentuale Zusatzbeiträge auf die beitragspflichtigen Einnahmen erheben. Ein weiterer Meilenstein in diesem Jahr war die Verabschiedung des 1. Pflegestärkungsgesetzes. Das neue Gesetz bringt ab 01.01.2015 eine Verbesserung der Leistungen für Pflegebedürftige und ihre Angehörige. Eine flexiblere Ausgestaltung und deutliche Verbesserung der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf haben wir darüber hinaus Anfang Dezember auf den Weg gebracht. In Zukunft haben nahe Angehörige einen Anspruch auf Lohnersatzleistungen für maximal 10 Tage, wenn sie kurzfristig eine Arbeitsauszeit zur Pflege von Angehörigen nehmen. Einen Rechtsanspruch wird es künftig auch auf die 24-monatige Familienpflegezeit geben. Hier können pflegende Beschäftigte ihre Arbeitszeit bis auf eine Mindestarbeitszeit von 15 Wochenstunden reduzieren. Darüber hinaus soll durch die Bereitstellung von zinslosen Darlehen die Absicherung des Lebensunterhalts besser abgesichert werden. Auch 2015 wird mich das Thema Pflege weiter intensiv beschäftigen, wenn wir den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff und ein neues Begutachtungsverfahren ausarbeiten. Das neue Jahr beginnt für uns Gesundheitspolitiker mit zwei wichtigen Gesetzesinitiativen, die die Rahmenbedingungen für Patientinnen und Patienten spürbar verändern werden. In der Woche vor Weihnachten hat das Bundeskabinett noch einen Vorschlag zur Stärkung der Versorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung verabschiedet. Der Entwurf sieht eine Reihe von Maßnahmen vor, die

die flächendeckende, bedarfsgerechte und vor allem gut erreichbare medizinische Versorgung sicherstellen sollen. Als zuständige Berichterstatterin für die ambulante Versorgung werde ich im neuen Jahr bei der konkreten Ausgestaltung die Position der SPD mitverhandeln dürfen. Wie so häufig im Leben, so steckt der Teufel auch hier im Detail: Dies betrifft vor allem so wichtige Themen wie die Ausgestaltung der Regelung zur Verringerung der Wartezeiten für Facharzttermine oder auch die verpflichtende Einführung der sogenannte „Zweitmeinung“ für planbare Eingriffe. Ein weiterer Gesetzesvorschlag, mit dem ich mich ab Januar 2015 befassen werde, ist das Präventionsgesetz, das ebenfalls vom Bundeskabinett in dieser Woche angenommen worden ist. Mit dem Gesetz wollen wir die strukturellen Voraussetzungen schaffen, um die Gesundheitsförderung und Prävention der Menschen in Deutschland zu stärken. Neben den Themen Prävention und Versorgungsstärkung werden wir uns 2015 auch noch mit einem Entwurf zu E-Health und der Zukunft der Krankenhäuser auseinandersetzen. Eine umfassende Krankenhausreform ist aus meiner Sicht dringend notwendig, um die Rahmenbedingungen des stationären Bereichs zu verbessern. Daher bin ich gespannt, wie es uns gelingt die Ergebnisse des Eckpunktepapiers der Bund-Länder AG zur Krankenhausreform umzusetzen. Darüber hinaus wollen wir im kommenden Jahr die Grundlage schaffen, dass Schwerkranke und sterbende Menschen in ihrer letzten Lebensphase bestmöglich versorgt, betreut und in Würde sterben. Aus diesem Grund werden wir die Hospiz und Palliativversorgung stärken, die kommerzielle Sterbehilfe verbieten, gleichzeitig aber Rechtssicherheit für Ärzte schaffen.



Foto: © dpa

Der Roboter, der gegen Krebs kämpft

Ende November war ich zu Gast in der Berliner Charité. Auf Einladung von Herrn Dr. med. Kufeld, Facharzt für Neurochirurgie, besuchte ich die Klinik für Strahlentherapie. Das radiochirurgische Zentrum der Klinik bietet mit dem so genannten CyberKnife ein hochmodernes Bestrahlungsverfahren für Tumorbehandlungen, das nur wenigen Krankenhäusern in Deutschland zur Verfügung steht. Das CyberKnife ist ein robotergestütztes, bildgeführtes System für die Präzisionsbestrahlung mit dem Patienten mit Metastasen und Karzinomen behandelt werden. Mit Hilfe des Cyberknife-Systems ist eine schmerzfreie Behandlung im Bereich des Gehirnes, der Wirbelsäule bzw. des Rückenmarks ohne eine starre Fixierung des Patienten möglich. Im Gespräch mit Herrn Kufeld ging es im Besonderen um die Technologie des CyberKnife, die verschiedenen Behandlungsindikationen und Bestrahlungsverfahren sowie um Fragen zur Kostenübernahme der Behandlung durch die Krankenkassen.



40 Ärzte unter einem Dach

Am 27. November besuchte ich das Gesundheitszentrum POLIKUM am Fennpfuhl. Das Zentrum ist eines der größten Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) in Berlin. Stefano Wulf, Geschäftsführer der POLIKUM Gruppe, und Dr. Karen Faist, Fachärztin für Allgemeinmedizin und Leiterin des POLIKUM Standorts Berlin Fennpfuhl, stellten das Zentrum und ihre Arbeit vor. In diesem Medizinischen Versorgungszentrum arbeiten mehr als 40 Ärzte in unterschiedlichen medizinischen Fachrichtungen unter einem Dach. Die Ärzte sind im Angestelltenverhältnis an das MVZ angebunden und bieten Patientinnen und Patienten eine interdisziplinäre, ambulante Versorgung. Ein Schlüssel spielt dabei die digitale Patientenakte, die von allen Ärzten des MVZ eingesehen werden kann und es ermöglicht Medikationen, Versorgungspläne und Therapien sinnvoller aufeinander abzustimmen. Der enge Austausch zwischen unterschiedlichen Fachärzten und die kurzen Wege für die Patienten zeichnen das MVZ ebenfalls aus.



Fachgespräch mit Lebensmittelkontrolleuren

Es hat mich gefreut, am Rande eines Fachgesprächs Herrn Manfred Woller aus Augsburg wiederzusehen. Als stellv. Vorsitzender des Bundesverbands der Lebensmittelkontrolleure war er mit weiteren Vorstandskolleginnen bei der SPD-Bundestagsfraktion zu Gast, um uns die aktuelle Situation und Probleme der Lebensmittelkontrolle in Deutschland näher zu erläutern und zu diskutieren.

Bereits in meiner Zeit als Landtagsabgeordnete hatte ich –leider bedingt durch diverse Lebensmittelskandale in Bayern– sehr gut und vertrauensvoll mit Herrn Woller und dem BVLK zusammengearbeitet.



Für sechs spannende Wochen in Berlin

Im Oktober und November war die Studentin Denise Klemke, die in Würzburg Politik studiert und aus Schweinfurt stammt, sechs Wochen als Praktikantin eine tatkräftige und engagierte Unterstützung für mein Team im Berliner Büro. Die Zeit verging wie im Flug und es galt viel zu schnell, wieder Abschied zu nehmen. Wir sagen noch einmal herzlichen Dank für die Mitarbeit, für die Zukunft und für Dein Auslandssemester nur das Beste!



Neues Teammitglied an Bord

Stefan Grafenhorst unterstützt mich seit Anfang Oktober in meinem Berliner Büro zu allen gesundheitspolitischen Fragestellungen und übernimmt damit die Elternzeitvertretung von Ilona Laschütza. Stefan hat Politikwissenschaften und VWL studiert. Beruflich hat er einige Jahre in Brüssel und als Entwicklungshelfer in Afrika verbracht. Zuletzt hat er in einem Verband der Gesundheitswirtschaft gearbeitet und hat somit bereits Erfahrungen mit den aktuellen gesundheitspolitischen Herausforderungen. Herzlich Willkommen in meinem Team!



Im Wahlkreis

Mit Martin Burkert in Wegfurt und Saal

Auf meine Einladung hin besuchte mein Fraktionskollege Martin Burkert, Vorsitzender des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages, die Orte Wegfurt und Saal an der Saale. Das Thema Ortsumgebung steht hier seit Jahren auf der politischen Agenda. Speziell mit der Bürgerinitiative UMWEG in Wegfurt bin ich schon seit langer Zeit in stetigem Kontakt und unterstütze aktiv die Arbeit der BI. Bei einer Ortsbegehung und anschließendem Bürgergespräch informierten wir uns über den Fortgang der Planungen. Martin Burkert (rechts im Bild) war durchaus optimistisch, dass die Wegfurter Ortsumgebung in absehbarer Zeit realisiert werden kann. Auch die Mitglieder der Bürgerinitiative in Saal freuten sich, dass ich den prominenten Besuch vermitteln konnte. Auch hier sagte Martin Burkert zu, das Projekt im Auge zu behalten und mit voranzutreiben.



Konferenz der Personalräte im Gesundheitswesen in München

Wie auf Seite 3 bereits näher ausgeführt, bringt das Pflegepersonalbeschäftigungsgesetz Verbesserungen für Pflegebedürftige, pflegende Angehörige und Pflegekräfte.

Zu dieser Reform und zu den Eckpunkten der Krankenhausreform diskutierte ich mit meinen SPD-Fachkolleginnen und Kollegen aus dem Landtag für Gesundheit und mit Personalrätinnen und -räten aus den verschiedensten Münchner Kliniken und Pflegeeinrichtungen. Rechts neben mir meine Kollegin und Freundin Kathrin Sonnenholzner.



Gespräch bei Bestattungsunternehmen Suckfüll in Burglauer

Während der Sommerpause nutzte ich die Gelegenheit zu vielen Gesprächen zu den unterschiedlichsten Themen.

So hatte mich u.a. auch Herr Suckfüll vom gleichnamigen Bestattungshaus in Burglauer eingeladen. Er zeigte mir sein Unternehmen und schilderte mir sehr eindringlich die Probleme, mit denen das Bestattungswesen in Deutschland zu kämpfen hat. Europaweit kann jeder -auch ohne Vorkenntnisse- ein Gewerbe als Bestatter anmelden, weil hier die Zulassungsverordnung B der handwerksähnlichen Gewerke gilt. Der Bundesverband Deutscher Bestatter fordert seit vielen Jahren zumindest eine verpflichtende Sachkundeprüfungen für den Erwerb der Zulassung. Dem steht ein Rechtsgutachten entgegen, das das Bundeswirtschaftsministerium unter der Vorgängerregierung hat erstellen lassen. Ich versuche hier weiter zu vermitteln und habe Sigmar Gabriel gemeinsam mit dem Verband zu einem Besuch in Münsterstadt ins einzige Ausbildungszentrum für Bestatter in Deutschland eingeladen.



Im Wahlkreis

Zu Gast im Wahlkreis von Christian Flisek

Eineinhalb Tage war ich in Sachen Gesundheitspolitik im Wahlkreis Passau und in Niederbayern unterwegs. Eingeladen hatte mich mein Fraktionskollege Christian Flisek (2.v.l.).

So besuchte ich die Kinderklinik Dritter Orden in Passau, zudem das Klinikum Passau. In beiden Häusern führte ich Gespräche mit der Klinikleitung. In Bad Füssing traf ich Kurdirektor Rudolf Weinberger, gab ein Radio- und ein Zeitungsinterview. Zurück in Passau, stellte ich mich abends in einer Diskussionsveranstaltung der örtlichen SPD den Fragen zur Gesundheits- und Pflegepolitik.



Besuch in der Augenklinik Lohr

Sehr interessant war für mich der Besuch in der ambulanten Augenklinik Lohr. Live durfte ich bei einer Katarakt-Operation (Grauer Star) dabei sein. Den OP-Kittel wieder mal überzuziehen, war schon ein besonderes Erlebnis. Im politischen Gespräch ging es um verschiedene Themen wie vertragsärztliche Zulassung, Bedarfsplanung und die Fragen der Aus- und Weiterbildung im ambulant fachärztlichen Bereich. Einige der diskutierten Probleme werden wir mit dem Versorgungsstärkungsgesetz beheben können.



Ein Meer von Coca Cola

Gemeinsam mit den Kreisräten aus dem Kreis Haßberge Stefan Schneider, Paul Hümmer und Bürgermeister Thomas Stadelmann besuchte ich das Coca Cola Werk in Knetzgau. Coca Cola ist ein wichtiger Arbeitgeber der Region und ein sehr wichtiger Ausbildungsbetrieb.

Tilmann Rothhammer und Uwe Kleinert von der Betriebsleitung zeigten uns die Abfüllanlage. Thema während der Besichtigung war u.a. die direkten Auswirkungen der Verpackungsverordnung auf die Produktion und die Einweg- bzw. Mehrwegquote der verwendeten Flaschen. Beeindruckend ist übrigens der hohe Aufwand, den es braucht, bevor die Brause in die Flasche abgefüllt werden kann. Der Produktionsprozess ist erheblich komplizierter, als man sich im ersten Augenblick als Otto-Normal-Verbraucher vorstellen mag.





Ein Sack Erde aus der Heimat für den Deutschen Bundestag

Bei der letzten diesjährigen Berlinfahrt hatten die Teilnehmer eine ganz besondere Aufgabe. Aus allen Teilen meines Wahlkreises brachten die Besucher Erde mit nach Berlin. Diese Erde wurde in einem Sack in den Bundestag transportiert und dann am Denkmal „Der Bevölkerung“ entleert. In der Installation von Hans Haake wer-

den immer wieder Erden aus ganz Deutschland eingebracht. Die darin befindlichen Samen wachsen und gedeihen in einem Innenhof des Deutschen Bundestages. Mehr Informationen zum Denkmal finden Sie unter der Internetadresse: www.derbevoelkerung.de

Gespräch bei der Arbeiterwohlfahrt zur Generalisierung der Pflegeausbildung

Zum Informationsaustausch über die geplante Generalisierung der Pflegeausbildung traf ich mich in der Geschäftsstelle des Bezirksverbandes der Arbeiterwohlfahrt in Würzburg mit meinem Fraktionskollegen Bernd Rützel aus Main-Spessart, mit dem AWO Bezirksvorsitzenden Stefan Wolfshörndl, mit Irene Görgner (Stellvertreterin), mit Bezirksgeschäftsführer Martin Ulses sowie Ulrike Hahn, der Bereichsleiterin Altenhilfe.

Generell, erklärte Hahn, stehe die AWO Unterfranken der geplanten Änderung in der Kranken- und Altenpflegeausbildung abgeschlossen gegenüber. Allerdings nur unter grundlegenden Voraussetzungen, die Grundbedingung dafür seien, dass die Änderung überhaupt funktionieren könne. Wichtig sei eine bundesweit einheitlich geregelte Finanzierung der Ausbildung. Bisher müssen die Kosten der Altenpflegeausbildung oftmals zwangsläufig durch den Pflegesatz quasi von den Pflegebedürftigen refinanziert werden. Das Ziel sei daher eine generell umlagefinanzierte Pflegeausbildung. Darin waren wir uns alle einig. Problematisch könne mit der Ausbildungsänderung der Fortbestand der Altenpflege im ländlichen Raum werden. Genügend Praxisplätze in Krankenhäusern für alle Auszubildenden dort zu finden, wird wohl nicht möglich sein, weil es dort kaum noch in Frage kommenden Kliniken gibt.



Mit Staatssekretärin Anette Kramme bei der SKF Schweinfurt

Im Rahmen einer Unterfranken-Tour besuchte Anette Kramme, die Parlamentarische Staatssekretärin beim Ministerium für Arbeit und Soziales, die Schwedische Kugellager Fabrik SKF in Schweinfurt. Schwerpunkt des Gesprächs mit Personalleiter Frank Hirschmann, Betriebsratsvorsitzenden Norbert Völkl und Ausbildungsleiter Jürgen Stürzenberger war die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sowie die Integration von Menschen mit Behinderungen. Diskutiert haben wir auch Fragen des betrieblichen Gesundheitsmanagements, das im Rahmen des geplanten Präventionsgesetzes gestärkt werden soll.



Im Gespräch mit dem Ärztlichen Direktor der Uniklinik Würzburg

Gemeinsam mit meinem Landtagskollegen Georg Rosenthal (links im Bild) traf ich mich mit dem Ärztlichen Direktor der Universitätsklinik Prof. Dr. Reiners und der kaufmännischen Leiterin Frau Simon zu einem Gespräch über die Finanzierung der Uniklinika. Fakt ist, dass momentan zwei Drittel der Universitätsklinika in Deutschland defizitär arbeiten.

In Würzburg hat sich das Comprehensive Cancer Center (Krebszentrum) gut etabliert, ebenso das sich im Aufbau befindliche Zentrum für seltene Erkrankungen. Für beide Zentren und für die Hochschulambulanzen gilt jedoch, dass eine ausreichende Gegenfinanzierung fehlt. Gerade hinsichtlich der Hochschulambulanzen werden wir die Probleme bereits im Versorgungsstärkungsgesetz angehen.



Besuch bei der pharmazeutischen Großhandlung Ebert & Jacobi

Unterhaltsam und informativ war mein Besuch im pharmazeutischen Großhandel Ebert & Jacobi. Die Firma beliefert über 2.600 Apotheken in ganz Unterfranken. Imposant war, wie die Boxen für die bestellenden Apotheken mit den ca. 1.000 am häufigsten benötigten Medikamenten vollautomatisch bestückt werden. Besonders empfindliche Medikamente lagern in verschlossenen und klimatisierten Schränken.

Ich nutzte das Gespräch, mit dem Inhaber Ralf Schüller auch Probleme zu diskutieren, die durch Lieferengpässe und durch Medikamentenfälschungen entstehen.



Bundesweiter Vorlesetag:

Diesmal in der Grundschule Willmars und der Realschule Bad Kissingen

Ganz besonders viel Spaß machte mir wieder der bundesweite Vorlesetag. Dieses Jahr durfte ich in den ersten Klassen der Grundschule in Willmars und in der 8. Klasse der Realschule Bad Kissingen lesen.

In der Grundschule hatte ich mich für das Buch „Der kleine Drache Kokosnuss bei den Indianern“ entschieden, bei dem es den Drachen Kokosnuss und seine Freundin, das Stachelschwein Matilda in den Wilden Westen verschlägt.

In der Realschule Bad Kissingen las ich aus „Tote Tulpen“ von Jaromir Konecny, einem spannenden Krimi für Jugendliche.

Der Bundesweite Vorlesetag soll jährlich dazu animieren, unseren Kindern und Jugendlichen Spaß am Lesen zu Vermitteln. Als eingefleischte Leserratte nehme ich diese Möglichkeit immer sehr gerne wahr.

Wenn Sie Vorschläge haben, wo ich im nächsten Jahr vorlesen könnte, bitte ich um Kontaktaufnahme mit meinem Bad Kissingener Büro!



Tag der Kinderrechte am Gymnasium Bad Kissingen

Es war schön zu hören, dass sich bei Unicef eine Schule aus meinem Wahlkreis gemeldet hatte, um zum Tag der Kinderrechte einen Projekttag durchzuführen. Ich konnte mich an diesem Tag selbst davon überzeugen, wie gut und intensiv sich die Sozialkurse der 8., 9. und 10. Klassen des Jack–Steinberger-Gymnasiums aus Bad Kissingen zum Thema Kinderrechte vorbereitet haben. Sie erarbeiteten einen Zeitstrahl zur Geschichte der UN Kinderrechtskonvention (im Bild) und setzen sich damit auseinander, wie unterschiedlich Kinderrechte in den einzelnen Ländern dieser Welt umgesetzt oder eben nicht umgesetzt werden. Die anschließende Diskussion zeigte, dass die Kinder und Jugendlichen ihre eigenen Rechte sehr gut kennen und erfreulicherweise politisch gut informiert sind! An dieser Stelle vielen Dank an die drei Referendarinnen, die das Projekt begleitet und erarbeitet haben.



Mein Team in Berlin und Bad Kissingen

Michael Frank

Büroleitung

Tel: 030 / 277-71810

sabine.dittmar.ma01@bundestag.de

Stefan Grafenhorst

Wissenschaftlicher Mitarbeiter
(Gesundheit)

Tel: 030 / 227-71811

sabine.dittmar.ma06@bundestag.de

Karen Pohle

Tel: 0971 / 6994949

sabine.dittmar.wk@bundestag.de

Carolin Schiefer

Tel: 0971 / 6994949

sabine.dittmar.ma04@bundestag.de

Ilona Laschütza

Z.Zt. in Mutterschutz und Elternzeit.



Berliner Büro

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: 030 / 227-71810

Fax: 030 / 227-76811

Email: sabine.dittmar@bundestag.de

Bürgerbüro:

Spargasse 10

97688 Bad Kissingen

Telefon: 0971 / 699 49 49

Fax: 0971 / 699 49 50

Email: kontakt@sabine-dittmar.com

Email: sabine.dittmar.wk@bundestag.de

Impressum:

Berlin Kompakt erscheint in unregelmäßigen Abständen.

Verantwortlich i.S.d.P.: Sabine Dittmar, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktion: Karen Pohle und Michael Frank

Inhalte: Sabine Dittmar, Michael Frank, Karen Pohle und Stefan Grafenhorst

Bildnachweis: Büro Dittmar, Landesgruppe BayernSPD, privat und dpa.